

# Hohenstein-Ernstthal-er Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Kirchberg, Erlbach, Vangenberg, Falken, Vangenchursdorf, Meinsdorf, Süttengrund zc.

Organ für Politik, Lokalgeschichte und Geschäftsverkehr, sowie für amtliche Nachrichten.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in der Geschäftsstelle Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Anzeigen, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Als Extrabeilagen erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“ und monatlich ein Mal die „Kirchlichen Nachrichten“. — Anzeigengebühr für die gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; in Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Sämtliche Anzeigen finden gleichzeitig im „Oberlungwitzer Tageblatt“ (Publikationsorgan der Gemeindebehörde zu Oberlungwitz) Aufnahme. Anzeigen-Aufnahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 11 Uhr; größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen.

Nr. 201.

Fernsprecher Nr. 151.

Donnerstag, den 29. August 1907.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

34. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Die hiesige Freiwillige Feuerwehr hält in der Zeit vom 28. August bis mit 6. September a. c. auf Anordnung des Feuerlöschdirektors eine **Nachübung** ab. Behufs Vermeidung von Irrtümern wird dies hiermit öffentlich bekannt gemacht. Gersdorf Bez. Chemnitz, am 24. August 1907.

Der Gemeindevorstand.  
Söhler.

## Die Sparkasse Gröna b. Chz.

garantiert von der Gemeinde

verzinst alle Spareinlagen mit  $3\frac{1}{2}$  Prozent und expediert an allen Werttagen vormittags 8—12 und nachmittags 2—6 Uhr.

Die bis mit 4. jeden Monats bewirkten Einlagen werden für den betreffenden Monat voll verzinst. Durch die Post gefandte Einlagen werden pünktlich expediert.

## Endlich vorüber!

Am dem Augustmonat 1907 und seinen Fünftensbegegnungen und Ministerberatungen wird später noch mancher Historiker seinen Kopf sich zerbrechen können; denn eine solche Fülle von „historischen Stunden“ war noch nicht da. Und das alles, um zu bekräftigen, daß die Harmonie unter den europäischen Staaten wieder hergestellt ist. Dabei ist freilich nur zweierlei möglich: Entweder es ist außer der idealen Harmonie auch noch ein gutes Stück Praxis mit hinzugekommen, von der viel zu sprechen heute nicht für erforderlich erachtet wird, oder aber die Disharmonien sind früher viel stärker gewesen, als sieher zugegeben wurde. Denn wenn, wie es bisher hieß, die Beziehungen unter den Mächten gute waren, brauchen doch nicht gerade so viel Begegnungen abgehalten zu werden, um noch aus der Freundschaft eine Harmonie zu machen. Neugierig kann man nur sein, wer am Ende die Feder bejahlt; denn wenn die hohe Diplomatie einig ist, dann gilt es auch einem. Ueber nichts und wieder nichts braucht keine Harmonie zu bestehen; das ist eine alte Wahrheit. Nullen bedürfen keiner Beachtung.

Die Zusammenkunftsliste ist so lang geworden — nur für diesen einen Monat, von früheren Begegnungen in diesem Jahre ganz zu schweigen —, daß man die einzelnen bedeutamen Besuche schon an den Fingern herzählen muß, um keinen zu verpassen. Also: Kaiser Wilhelm und der Zar in Swinemünde, König Eduard und unser Kaiser in Wilhelmshöhe, Kaiser Franz Joseph und König Eduard in Jischl, Fürst Bilkow und rumänischer Premierminister Sturdza in Norderney, österreichischer Minister des Auswärtigen Baron Aehrenthal und sein eben schon genannter bulgarischer Kollege in Wien, König Eduard und französischer Ministerpräsident Clemenceau in Marienthal, italienischer Minister des Auswärtigen Tittoni und sein österreichischer Kollege Aehrenthal konferierten auf dem Semmering und wurden dann vom Kaiser Franz Joseph in Jischl empfangen, Reichskanzler Fürst Bilkow und französischer Votschafter Cambon in Norderney. So, das ist für den August! Und denkt man nun daran, daß Fürst Bilkow im Frühjahr in Italien war, König Eduard Frankreich, Italien und Spanien besuchte, der österreichische Minister Baron Aehrenthal ebenfalls schon in Italien war, mit seinem Kollegen Tittoni konferierte und vom Könige Viktor Emanuel empfangen wurde, dann muß man doch annehmen, daß es sich bei allen diesen vielen, vielen Reisen und Begegnungen nicht allein um die bloße Theorie gehandelt haben kann, daß dabei vielmehr eine Praxis vorbereitet worden ist. Oder aber, es mußten viel mehr Steine aus dem Wege geräumt werden, als jemand ahnte.

Die Orientangelegenheiten (Reform der Verwaltung in Mazedonien und die neue Marokkofrage) sind die beiden Angelegenheiten, die die Diplomaten momentan am meisten in Anspruch nehmen; interessanter ist für uns die Frage, kann aus der jetzt erzielten „Harmonie“ ein Pfaster werden, das Frankreich in absehbarer Zeit die Schmerzen um das Loch in den Vogesen vergessen läßt? Seit 1870/71 ist wohl in Paris noch nie-

mals so deutlich zutage getreten, daß es doch ein übles Ding ist, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, wenn diese maßlos und solid und nicht aus Papier ist. Mit anderen Worten: Der Chauvinismus der Franzosen glüht heute nicht so heiß, daß sie nur an die „Gloire“ denken; sie haben im Gegenteil einen Horror gegen militärische Abenteuer. Natürlich wäre nach französischer Auffassung ein stetiges Anbinden mit Deutschland kein Abenteuer, sondern eine Ehrensache; aber trotzdem weiß man, was ein Krieg für Opfer kostet, und man hat auch gesehen, daß unter den Vaterlandsverteidigern in den französischen Regimentern bei weitem nicht alles so ist, wie es wohl sein sollte. Wie offiziellen Stimmen warnen, auf zu große Folgen der Unterredung des deutschen Kanzlers und des französischen Votschafters zu rechnen. Wir wollen also keine Optimisten werden. Aber es ist doch schon etwas, daß eine solche Aussprache ohne Widerspruch von Paris her stattfinden konnte. Früher hätte es darüber Nord und Lutschlag gegeben.

## Die neuen Steuern

bringen auch jetzt noch fast sämtlich weniger auf, als von ihnen erwartet wurde. Lediglich die Zigarettensteuer und der Frachturkundenstempel gewähren die Aussicht, daß der Staatsanfang nicht bloß erreicht, sondern überschritten werden wird. Die erstere ist mit 11,2 Millionen Mark in den Etat eingestellt und hat im ersten Jahresdrittel bereits 3,8 Millionen Mark abgeworfen, bei der letzteren sind 4,9 Millionen Mark vereinnahmt, während der Jahresanfang 13,7 Millionen Mark beträgt. Bei der Brausteuer dagegen zeigt es sich schon, daß die Wirklichkeit mit der Schätzung schwerlich übereinstimmen wird. Einem Jahresbetrag von 51,7 Millionen Mark steht eine Jahresdritteleinnahme von 15,1 Millionen Mark gegenüber. Und nun erst die übrigen neuen Steuern! Der Stempel vor den Personenabarten war in dem Etatentwurf, den die verbündeten Regierungen zuerst dem Reichstage vorgelegt hatten, in der ganzen Jahreseinnahme auf 45 Millionen Mark geschätzt worden, und zwar entsprechend den Berechnungen, die man bei der Einführung der Steuer vorgenommen hatte. Schon bei den Reichstagsberatungen war es, namentlich auf Grund der bis dahin festgestellten tatsächlichen Einnahmeverhältnisse, klar, daß diese Stempelsteuer unwirksam den hohen Betrag abwerfen würde. Im Reichstage wurde deshalb der für 1907 zu erwartende Betrag auf 30,4 Millionen Mark herabgemindert. Aber auch diese Summe wird, wenn sich die Einnahmeverhältnisse nicht wesentlich ändern, schwerlich erreicht werden. Im ersten Jahresdrittel wurden vom Personensatzkartensystem 5,7 Millionen Mark eingenommen. Danach würde am Ende des Jahres nicht viel mehr als die Hälfte des Staatsanfanges erreicht werden. Die Erträge der Kraftfahrzeugsteuer, sowie der Besteuerung von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten fallen nicht sehr ins Gewicht, aber auch bei ihnen lassen die bisherigen Einnahmen nicht den Schluß zu, daß die Staatsanfangs werden erreicht werden. Bei der Erbschaftsteuer haben ja wegen der Uebergangsbestimmungen immer noch keine geregelten

Verhältnisse Platz gegriffen. Man kann hier hoffen, daß der Staatsanfang schließlich doch noch erreicht werden wird; groß ist die Hoffnung aber nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im ersten Jahresdrittel tatsächlich nahezu 7 Millionen Mark vereinnahmt wurden, im Etat aber für das ganze Jahr 37 Millionen Mark eingelegt sind. Auf jeden Fall hat man sich von den neuen Steuern mehr versprochen, als sie gehalten haben.

## Zentrum oder Freisinn.

Aus unserem Leserkreise gehen uns mit der Bitte um Aufnahme folgende Zeilen zu: „In ihrem großen Leidwesen müssen die Konservativen, die erbitterten Gegner eines freihellen und gerechten Wahlrechts, nun doch einsehen, daß der Stein ins Rollen gekommen ist und daß sie von der Frage einer Wahlrechtsänderung auch in Preußen nicht loskommen können, so gern sie es möchten. Der Auffehen erregende Artikel Friedrich Naumanns im „Berl. Tab.“ ist doch mehr gewesen als ein „Schlag ins Wasser“. In der „Hilfe“ erörtert nun neuerdings Naumann unter obiger Ueberschrift die Frage, ob durch ein strenges Festhalten an der Forderung des Reichstagswahlrechts der Freisinn den Bloß sprengt und die Regierung wieder zentrumsfreundlicher machen werde. Es heißt da: Die guten Freunde und getreuen Nachbarn der Freisinnigen benutzen die Gelegenheit wieder, uns zuzurufen, um Gotteswillen nicht zu unbedeuten in den Wahlrechtsforderungen zu sein, sonst triumphiere „Schwarz“, und die schöne Zeit unserer Regierungsherrschaft sei vorbei. Auch wir wissen, daß das Zentrum, der Opposition längst müde, am liebsten morgen wieder in Gnaden aufgenommen werden wollte. Wir wissen sogar noch mehr. Wir wissen, daß das Zentrum alle Mienen springen läßt, damit die Regierung eine neue Bier- und Tabaksteuererhöhung, für welche die Freisinnigen nicht stimmen können, einbringe, um dann der Regierung als Retter aus der Not beizuspringen. Natürlich tut also Herr Spahn alles, um das Mißverhältnis zwischen Reichsausgaben und Einnahmen zu vergrößern, daher auch die Flottenfreundschaft. Soll nun der Freisinn sich an der — übrigens immer noch leeren — Regierungskrippe festklammern, indem er das Zentrum im Verrat von Grundstücken noch überbietet? Soll er in die Rolle der Nationalliberalen von 1879 verfallen, die auch damals, als die Versöhnung zwischen Bismarck und Windthorst auszuhalten, so ziemlich alles preisgaben, was sie an Liberalismus besaßen? Nun — schon damals konnten sie mit Windthorst nicht konkurrieren, und noch weniger kann es unser Liberalismus mit der Protektion des Zentrums von heute. Wenn Fürst Bilkow reaktionär regieren will, dann ist ihm das Zentrum immer ein bequemere Genug als der Freisinn. Dann hilft es nichts, nach nationalliberaler Art die Reaktion zu bekämpfen, indem man ihr den Wind aus den Segeln nimmt. Die Freisinnigen können ruhig abwarten, ob Fürst Bilkow sich durch eine Wieder- versöhnung mit dem Zentrum unmöglich macht. Da wir keinen Grund haben, dies anzunehmen, lassen wir uns nicht nervös machen. Im übrigen halten wir es für verfehlt, auf Grund der Klapperbeimigkeit vereinzelter freisinniger Zeitungen auf eine Schwäche in der allgemeinen Haltung der Freisinnigen zur Wahlrechtsfrage zu schließen. Wenn die politische Saison wieder beginnt, wird sich zeigen, daß die Freisinnigen in der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen so einig sind wie nie zuvor.“

## Was heute landwirtschaftliche Arbeiter kosten.

Ein märkischer Landwirt schreibt der „Dtsch. Tagesztg.“: Unter der Leutenot habe ich hier, in unmittelbarer Nähe der sehr emigen Fabrikstadt Guben, ganz besonders zu leiden. Ich bin vom zeitigsten Frühjahr an gezwungen, durch die berufsmäßigen Vermittler fremde Arbeiter zu beziehen. Diese Leute, aber Breslau und Posen aus Polen bezogen, kosten mich bis auf den Hof 20—25 M. pro Kopf an Provision und Reisepfenn. Das ist

zwar viel, wäre aber noch zu ertragen, wenn die Leute aushielten. Aber erfahrungsgemäß läuft mindestens die Hälfte nach Empfang des ersten bis dritten Lohnes davon, obwohl ich a u ß e r den üblichen Deputaten an Kartoffeln, Brot, Milch, Wohnung, Feuerung bis 2,25 M. pro Tag Lohn zahle. In der Erntezeit verschärft sich die Not noch ganz außerordentlich, und ich bin dann stets gezwungen, mich mit allen möglichen infierierenden Vermittlern in Verbindung zu setzen, um sofort Leute zu erhalten. So schrieb ich an einen Vermittler in Posen und erhielt als Antwort ein Zirkular, in dem die Firma für die Vermittlung eines Knechts und einer Magd 85, sage und schreibe 85 Mark verlangte. Ein solches Verlangen, ein derartiges Auspressen der Bestler, die unter Leutenot leiden, verdient entschieden niedriger geklagt zu werden. Der arg bedrängte Landwirt schlägt zur Abhilfe vor, behördlich festzusetzen, welche Gebühren im Höchstfalle die Vermittler für Arbeiter und Gefinde fordern dürfen. Zu widerhandlungen sollten bestraft und schließlich mit Konzeptions-Entziehung geahndet werden. Kontraktbrüche sollten durch mindestens vierwöchentliche Unterbringung dieser fremden Leute in einem Arbeitshaufe geahndet werden. Die Geldstrafe, die nie eintreibbar ist, wird immer durch die kleine Haftstrafe von 2—3 Tagen abgemacht, die den Davongelaufenen nur eine angenehme Abwechslung zum Ausschlafen und Faulenzen bietet. — Ob solche Maßnahmen aber die Leute nicht noch mehr von der Arbeit auf dem Lande abschrecken würden?

## Vertikales und Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 28. August 1907.

— In wenigen Tagen haben wir die Wiederkehr des Gedächtnistages von Sedan. Wenn wir, besonders die nun auch schon alle grau gewordenen Veteranen, die vor 37 Jahren draußen und mit dabei waren, dieses deutschen Ehrentages immer treu gedacht haben, so möchte sich doch längst kein Gedanke mehr hinein, der die schweren Opfer beklagt, die der uns damals leichtfertig aufgedrungene Krieg kostete, und alle Stimmung ist verschwunden, die von den Gegensätzen zwischen Deutschen und Franzosen ausging. Bald klingt es wie ein Märchen, wenn wir heute der auslaufenden Jugend erzählen: Es war einmal! Aber es soll kein Märchen werden und kein leerer Hall sein diese Kunde von dem großen Tag; diese Erkenntnis von der deutschen Kraft muß heilig gehalten werden und wachsen und gedeihen. Man hätte ja schon länger sagen, daß ein Gedanke des Sedantages nicht mehr nötig sei. Ja, woraus soll die heranwachsende Generation lernen und wissen, was wir waren, was wir sind, was sie werden muß? Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ihre Nationalfeiertage und in England werden historische Erinnerungen mit ganz besonderer Liebe und Sorgfalt gepflegt. Dort sagt niemand etwas gegen dieses Vertiefen in die Vergangenheit, es wird im Gegenteil hoch gehalten und gefördert. Wir leben mit allen Staaten in Frieden, wir möchten auch mit unserem Gegner von 1870/71 in aufrichtiger Freundschaft und als gute Nachbarn neben einander wohnen, und wir begründen es deshalb mit Genugtuung, daß zum ersten Male und ohne allen Widerspruch von der Seine her eine bedeutsame Konferenz zwischen dem deutschen Reichskanzler und einem hervorragenden französischen Staatsmann hat stattfinden können. Immerhin ist das eine bisher nicht möglich gewesene Tatsache, und wenn einem solchen ersten Schritt von beiden Seiten auch wieder eine Wendung rückwärts folgen könnte, so wollen wir doch das Bessere hoffen und wünschen, daß die Ära der Zwischenfälle, die so lange dauerte, vorüber ist. Unsere Jugend soll nicht lernen, daß wir einen Erbfeind haben, mit dem wir uns unbedingt noch einmal schlagen müssen, sondern, daß deutsche Einigkeit auch einem tapferen Gegner gewachsen ist. Ohne Stunden der Perzenfreude kann kein Mensch leben, er würde gar bald verbittert und verdüstert sein. Ohne solche Stunden kann aber auch kein Volk leben, es würde einseitig werden und nichts anderem dienen als dem Götzengeld. Dazu sind wir Deutsche aber zu gut.